

# „Was wir gesehen haben, ist die Spitze des Eisbergs“

Wer ist mit politischer Bildung noch zu erreichen? Matthias Haß, Vize-Direktor des Hauses der Wannseekonferenz, über das „Geheimtreffen“ in Potsdam, Lehren aus der Geschichte und die Bedeutung von Erinnerungsorten

Nach der Veröffentlichung des Berichts des Recherchezentrums Correctiv über ein „Geheimtreffen“ in einer Potsdamer Villa protestieren in Deutschland Hunderttausende. Bei dem Treffen im Landhaus Adlon am Lehnitzsee sollen rechtsextreme Aktivisten, Unternehmer und Politiker von AfD, Werteunion und CDU über die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland gesprochen haben. Die Nachrichten über das „Geheimtreffen“ haben manchen an ein Treffen denken lassen, das im Januar vor 82 Jahren stattgefunden hat und dessen Thema die Koordination des bereits begonnenen Massenmords an der jüdischen Bevölkerung Europas war – die Wannseekonferenz. Matthias Haß, stellvertretender Direktor der heutigen Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz, leitet dort die Abteilung Bildung und Forschung und erläutert die Zusammenhänge.

Herr Haß, acht Kilometer entfernt von hier soll Ende November eine Gruppe von Politikern, Unternehmern und Aktivisten über die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland beraten haben. Ob die geografische Nähe zum Haus der Wannseekonferenz bewusst gewählt wurde, ist unklar. Inwiefern kann man jedoch darüber hinaus von Ähnlichkeiten sprechen?

Wir tun uns mit direkten historischen Vergleichen schwer, denn Geschichte wiederholt sich nicht, sondern findet in anderer Form statt. Es gibt auch wesentliche Unterschiede zwischen diesen Treffen. Hier am Wannsee findet am 20. Januar 1942 eine Dienstbesprechung hochrangiger Funktionäre des nationalsozialistischen Staates statt. Es treffen sich 15 Männer, aus Ministerien, Polizei, SS, aus der NSDAP und der Besatzungsverwaltung. Es erfolgt eine interministerielle Abstimmung zu den Plänen der europaweiten Deportation und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden. Das ist vom Charakter etwas anderes als das Treffen, das im November in direkter Nähe zu diesem Ort stattgefunden hat. Es handelt sich nicht um staatliche Vertreter, sondern um ein privates Treffen. Die Unterschiede sind da ganz wesentlich die Funktionen der Teilnehmer. Ideologisch allerdings, und das ist dann das, wo wir durchaus ins Spiel kommen als historischer Ort, gibt es natürlich in dem dahinterstehenden Denken durchaus Kontinuitätslinien.

Auf welche Kontinuitäten beziehen Sie sich?

Ein Weltbild völkischen, antisemitischen und rassistischen Denkens. Auf der Besprechung am Wannsee ist das das Betriebssystem aller Anwesenden. Und das zeigt sich in diesem Treffen im November in Potsdam auch ganz klar. Es gibt ein getrenntes „Wir“ und „Die“, aus Zugehörigen und Ausgegrenzten. Ein Verfassungsgrundsatz der Demokratie, die Gleichheit vor dem Gesetz, wird abgelehnt, stattdessen gibt es Überlegungen, wie diese aufzuheben sei.

Ein Vorschlag, der während des Treffens besprochen worden sein soll, ist die Deportation von Menschen aus Deutschland in einen Staat in Nordafrika. Direkt im Anschluss geht Correctiv auf den „Madagaskar-Plan“ der Nationalsozialisten ein. Ist der Vergleich angebracht?

Dieser Madagaskar-Plan ist einer, der in den Planspielen der Nationalsozialisten noch eine territoriale Lösung und die Deportation von Millionen Jüdinnen und Juden nach Madagaskar vorsieht, dort auch davon ausgehend, dass gar keine Lebensbedingungen vorherrschen, sondern die deportierten Menschen dort ums Leben kommen. Der Plan wird nicht weiter verfolgt, weil auch logistische Unklarheit herrscht, da Großbritannien die Weltmeere kontrolliert. Aber diese Planspiele auf der radikalen Rechten, unter den Identitären, den Rechtsextremisten und Faschisten



Eine Demonstration gegen Kanzler Scholz zieht im Dezember 2021 am Bundestag vorbei.

BENJAMIN PRITZKULIET

bis rein in die AfD, sind weit verbreitet. Diese territorialen Lösungen – „Nicht bei uns“. Aber es geht ja nicht nur um rassistisches Gedankengut, alle Andersdenkenden „können ja gleich mit“. Die Kontexte und Zusammenhänge sind ganz unterschiedlich, aber die Idee einer geografischen, territorialen „Lösung“ – da gibt es durchaus Anspielungen oder Traditionen und Kontinuität des Denkens.

Inwiefern steht die AfD in dieser historischen Tradition?

Was wir in Potsdam bei diesem Treffen gesehen haben, ist ja nur die Spitze des Eisbergs. Dieses Denken in völkischen, rassistischen Kategorien, in biologischen Kategorien ist offensichtlich weit verbreitet. Was dahinter steht, sind die Vernetzungen, von denen wir bisher nur wenig mitbekommen hatten, bis in bürgerlich-konservative Kreise hinein, die Werteunion, Mitglieder der CDU waren anwesend, bis hin zu als liberal bekannten Köpfen auf konservativer Seite, die gute freundschaftliche Beziehungen in diese völkischen Milieus pflegen. Das ist erschreckend, trotzdem scheinen aber die Wahlergebnisse der AfD hochzugehen.

Worauf würden Sie den aktuellen politischen Aufschwung der AfD zurückführen?

Menschen stimmen vielleicht nicht immer mit den einzelnen Zielen der AfD überein, wünschen sich insgesamt aber etwas anderes, denn das Etablierte, Bisherige gefällt ihnen nicht. Trotzdem ist das, mit Blick auf die historischen Kontinuitäten, eine Partei, die ein fundamental anderes System will, die sich nicht an die demokratischen Spielregeln halten will und das auch offen sagt. „Das wird schon nicht so schlimm werden“ scheint eine weit verbreitete Haltung zu sein und natürlich wiederholt die Rhetorik auf

extrem rechter Seite durchgehend, sie sei Opfer von Lügenkampagnen der Mainstream-Medien, der „Lügenpresse“. Diese Unglaubwürdigkeit ist über die letzten Jahre etabliert worden, man hat jetzt seine eigenen Informationskanäle und setzt den Medien eine eigene Propaganda-Maschinerie entgegen.

Aber was finden Menschen daran attraktiv?

Es spielen viele Faktoren eine Rolle, aber einer ist: „Wer ist schuld? Die anderen!“ Die, die von außen kommen, die vermeintlich nicht dazugehören oder als nicht zugehörig markiert werden. Obwohl sie, und das ist jetzt das Perfide an diesen Denkspielen, seit Generationen hier leben und dazugehörig sind. Sie sind ein Teil die-

es darum, die Rhetorik von rechts außen zu übertrumpfen. Meiner Meinung nach wird man die AfD nie rechts überholen können, denn letztlich wird immer das Original gewählt. Das sind die mit den falschen, aber vermeintlich eingängigen Antworten.

Dass Menschen sich an der Wahlurne für diese Antworten entscheiden, kann das auch an Mängeln in der Erinnerungsarbeit, etwa an Orten wie diesem liegen?

Das ist eine Frage, die wir uns natürlich stellen, mit der wir uns gerade konfrontieren. Die Erinnerungsorte sind in den letzten vierzig Jahren in heftigen gesellschaftlichen Diskussionen etabliert worden und stellen ein wachsendes Bekenntnis zur Wichtigkeit der Er-

zur Demokratie und darauf einzugehen, was das für heute heißt.

Wie wird man denn aktiver in der Erziehung zur Demokratie?

Wir sind als kleiner Ort nur ein Akteur, aber da müssen wir uns als Erinnerungsorte insgesamt fragen: Müssen wir aktiver werden? Müssen wir uns gesellschaftlich einmischen in Debatten und die Relevanz für heute aufzeigen? Geschichte ist kein Selbstzweck, sondern hat eine Funktion in einer demokratischen Gesellschaft. Aber natürlich fragen wir uns auch, wieso wir nicht weiter sind. Denn wir führen in den letzten zehn Jahren Debatten, von denen wir dachten, wir hätten sie hinter uns gelassen. Das haben wir nicht. Viele der Diskussionen der 2000er- und 2010er-Jahre waren Wiederholungen, in anderer Form, der 1990er- und 1980er-Jahre. Es ist nicht so, als hätten wir plötzlich rechts-populistische Milieus, sondern eine Abwehr gegen diese Erinnerung gab es immer. Und wir haben uns ein wenig von dem Erfolg, dass es uns als Institutionen gibt, dass wir weiterhin zunehmende Besucherzahlen haben, davontragen lassen. Das ist eine schmerzhaftes Erkenntnis.

Was müsste sich verändern, um auch Menschen mit dieser Abwehrreaktion zu erreichen?

Wir haben das Licht der Öffentlichkeit aktuell auf diesem völkischen Denken. Ich glaube, dass hier zur Zeit eine heiße gesellschaftliche Debatte stattfindet, das ist ein Erfolg. Ich denke, es ist nicht damit getan, auf Demonstrationen zu gehen, so eindrücklich sie sind, so wichtig das ist, als Initialzündung vielleicht. Es geht aber um Alltags-handeln von allen. Nicht zu sagen: „Lass die mal reden“, sondern zu widersprechen, aufzustehen und dem keinen Raum zu geben.

Können speziell Erinnerungsorte etwas tun, um diese Menschen besser zu erreichen?

Für uns als Orte heißt es natürlich auch zu fragen: Wer ist überhaupt noch mit historisch-politischer Bildung zu erreichen und wer nicht? Die Funktionäre und die Partei selber können wir nicht erreichen, die haben sich positioniert und es sollte allen klar sein, wofür diese Partei und ihr Umfeld steht. Außerdem geht es darum, Angebote zu machen. Wir sind eine Bildungseinrichtung, als Bildungseinrichtung sollen wir uns ja nicht nur an die richten, die uns sowieso toll finden. Natürlich haben wir auch den Auftrag, Kontroversen zu führen und auch in die Konfrontation zu gehen. Die Erwartung trägt, dass man hier hinkommen und etwas über Geschichte lernen kann, aber mit seiner politischen Meinung alleine gelassen werden könne. Wir sollten keine Wohlfühlorte sein, kein historisches Museum, wo man getrennt von der Realität heute sich mit Geschichte beschäftigt, sondern immer die Frage nach der Relevanz für heute stellen. Hier machen wir Angebote und ich glaube, darum muss es für alle historischen Orte gehen, die sich an Besucherinnen und Besucher richten, die uns erst mal vielleicht skeptisch gegenüberstehen.

Wie sehen derartige Angebote konkret aus?

In der Öffentlichkeit heißt es viel: „Die jungen Leute müssen alle etwas lernen über den Nationalsozialismus“, als ob wir als Erwachsene das alles schon wissen. Von dem Ansatz sind wir nicht überzeugt. Was wir in unserem Haus machen, sind Angebote für Berufsgruppen. Wir arbeiten beispielsweise mit der öffentlichen Verwaltung: Wie war Verwaltung involviert in die Vorbereitung der Prozesse zur Ermordung von Jüdinnen und Juden und wobei ist sie heute in einer demokratischen Gesellschaft involviert? Welche Handlungsspielräume hat man? Und natürlich sind die rechts-extremen Milieus überall vorhanden, auch in öffentlichen Verwaltungen. Wir arbeiten auch mit der Polizei, mit der Bundeswehr, mit Schülern, Studierenden und etwa Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern in der Ausbildung.

Worüber sprechen Sie denn mit Auszubildenden in der Pflege?

Über die Frage, welches Bild von Gesundheit es im Nationalsozialismus gab und welches dem heute gegenübersteht und ob es Verbindungslinien gibt. Und die sind schnell darstellbar.

Und wie begegnen Sie hier potenziell desinteressierten jungen Menschen?

Wir sind in einer zunehmend digitalisierten Welt. Aber die historischen Orte, die sich auf die Arbeit mit historischen Zusammenhängen und Dokumenten konzentrieren, sind eher langsam gewesen, moderne, digitale Lernformen anzunehmen. Gleichzeitig ist unser Anspruch, an Teilnehmern orientiert zu arbeiten, also zu sehen, was brauchen und erwarten Besucherinnen und Besucher von uns und welchen Anspruch haben junge Menschen an uns. Wenn wir mit langen Texten kommen, dann sehen wir, dass die Lesefähigkeit von Menschen allgemein abnimmt. Darüber kann man lamentieren oder reagieren und neue Formate und Methoden entwickeln. Das bedeutet mehr Arbeit mit bildlichen Quellen und digitale Lernformen. Besonders hinsichtlich Künstlicher Intelligenz ist ein Handwerkszeug im quellenkritischen Umgang essenziell, denn die Möglichkeiten, beispielsweise historische Bilder zu fälschen, wachsen. Was allerdings bei uns, trotz aller digitalen Möglichkeiten, immer einen Eindruck macht, ist der historische Ort an sich. Hier zu sein und zu sehen, dass hier Geschichte real stattgefunden hat. Das sichtbar zu machen und in Verbindung zu bringen mit modernen Methoden, ist immer noch am überzeugendsten.

Interview: Laurenz Cushion

## ZUR PERSON



Matthias Haß ist stellvertretender Direktor der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz und leitet die Abteilung Bildung und Forschung. Er promoviert zur Entstehungsgeschichte von Holocaust-Gedenkort.

Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Erinnerungspolitik in internationaler Perspektive und die historischen Grundlagen des europäischen Einigungsprozesses.

ser Gesellschaft, sie gestalten diese Gesellschaft mit und lassen sich von dem, was „Wir“ sind, gar nicht trennen. Dieser Rückgriff auf etwas vermeintlich Originäres, das sich wieder abgrenzen könne, stellt die gesellschaftliche und mentale Ebene dar. Gleichzeitig sehen sich diese Leute auch mit einer Politik konfrontiert, die an den Problemen, wie sie von den Menschen wahrgenommen werden, vermeintlich nicht ansetzt und nichts tut. Für einige Parteien geht

innerung dar. Trotzdem gab es an vielen Punkten Versäumnisse. Erstens gab es viele Leute, die diesem vermeintlichen Konsens der Wichtigkeit der Erinnerung eher schweigend, ablehnend gegenüberstanden haben. Zweitens kommt die Frage auf, ob wir zwar historische Bildung gut gemacht haben, aber die Frage nach der Relevanz dieser Vergangenheit in der Gegenwart nicht ausreichend begründet haben. Historisch-politische Bildung heißt auch Erziehung